

Husumer Nachrichten - Samstag, 03.07.2010

## Gegen „Küstenschutz-Soli“

**Geplante Landesabgabe stößt auf breiten Widerstand im nordfriesischen Kreistag  
Nordfriesland**

Kreispolitik gerät zurzeit mehr und mehr zur Abwehrschlacht gegen das drohende Sparpaket des Landes. Wie ein roter Faden zogen sich Vorschläge der Kieler Haushaltsstruktur-Kommission durch die Tagesordnung der gestrigen Kreistags-Sitzung im Husumer Kreishaus. Drei konkrete Ansinnen des Landes werden in Nordfriesland über die Fraktionen hinweg vehement abgelehnt: die angepeilte Streichung der Ausgleichszahlungen für die Kosten der Schülerbeförderung sowie die angekündigten Kürzungen bei den Schulen der dänischen Minderheit (siehe gesonderte Artikel) und die geplante Küstenschutz-Abgabe.

„Küstenschutz darf nicht der geplanten Kosten-Nutzen-Betrachtung unterworfen werden, sondern ist eine Aufgabe der Solidargemeinschaft“, betonte Jürgen Jungclaus. Seine Wählergemeinschaft Nordfriesland/Die Unabhängigen (WG-NF) hatte den Punkt eingebracht. Die knallharte Forderung an die Landesregierung, diese abzuwenden, war am Ende allerdings nicht mehrheitsfähig. Verabschiedet wurde hingegen ein Änderungsantrag der Christdemokraten, den Klaus Jensen (CDU) auf die Formel „Nein, aber...“ brachte. In der Resolution ans Land pocht der Kreistag darauf, dass der Küstenschutz als klassische Gemeinschaftsaufgabe, die zu 70 Prozent aus Bundes- und 30 Prozent aus Landesmitteln finanziert wird, „unter keinen Umständen in Frage gestellt werden darf“. Die Einführung einer zweckgebundenen Küstenschutz-Abgabe laufe diesem Grundsatz zuwider und müsse deshalb zurückgewiesen werden. Und auf keinen Fall dürfe eine solche Abgabe zu unzumutbaren Mehrbelastungen der Menschen auf den Inseln, Halligen und im direkten Küstenstreifen führen. „Das können wir nicht akzeptieren“, bekräftigte Jensen. „Da stehen wir zusammen“, sagte der CDU-Abgeordnete mit Blick auf die ablehnende Haltung der Insel- und Halligkonferenz zur geplanten Abgabe. Weil die Ausgaben für den Küstenschutz mit Blick auf Klimawandel und Meeresspiegel-Anstieg nicht gesenkt werden dürften, müsse es jedoch erlaubt sein, über zusätzliche Einnahmequellen nachzudenken. In diese Richtung argumentierte auch Kerstin Mock-Hofeditz (Grüne). Zwar wandte sie sich ebenfalls gegen eine pauschale Abgabe für den Küstenschutz. Mit Blick auf den Klimaschutz, bei dem Küstenschutz und Naturschutz „in einem Boot“ säßen, müsse aber durchaus diskutiert werden, welche Maßnahmen zum Schutz der Küste künftig nötig und sinnvoll sind.

Karl-Heinz Bünker (WG-NF) warnte hingegen, „den kleinen Finger zu reichen“, und verurteilte die Dreistigkeit des

Ansinnens: „Eine originäre Aufgabe des Landes kann nicht auf dem Rücken der Küstenbevölkerung abgearbeitet werden.“ Von einem Rückfall in mittelalterliche Zustände sprach Dr. Diderick Rotermund (SPD) selbst für den Fall, dass alle Schleswig-Holsteiner zur Zahlung der Abgabe herangezogen würden. Eine zusätzliche Abgabe belaste die Betroffenen doppelt, machte Niels Bendixen deutlich. Auch dieses Sonderopfer lehne der SSW strikt ab. Ein „Küstenschutz-Soli“ sei nicht hinnehmbar, bekräftigte Peter Burmeister (Linke).

**fu**